Empfehlung der Hausbesetzer und ihrer Freunde

Keine zwei Wochen nach dem letzten Angriff erfrecht sich nun der Berliner Senat aufs Neue, mindestens 14 besetzten Häusern, vielen davon in Kreuzberg, die Räumung anzudrohen. Beim letzten Mal verlief die Reaktion trotz der Ermordung von K.J. Rattay noch relativ friedlich. Man verließ sich vielmehr auf die Unterstützung zahlreicher liberaler Solidaritätsgruppen. Die Unterstützung war zwar groß, aber nicht wirksam. Es ist schade, immer wieder feststellen zu müssen, daß jeder friedliche Protest, sei er auch massenhaft, ignoriert wird.

Die Vertreter sämtlicher besetzter Häuser ist nicht gewillt, auch nur die geringste Provokation dieser Art weiterhin zu dulden. Der Besetzerrat und seine nach 10.000den zählende Freunde, haben sich nun ebenfalls auf eine härtere Linie geeinigt.

Sollte auch nur der geringste Angriff gegen eines der besetzten Häuser erfolgen, sollte sich der Senat und die Polizei, tatsächlich erdreisten aufs Neue den Hausfrieden unserer Häuser zu brechen, ist die Amtszeit für den gegenwärtigen Berliner Senat abgelaufen. Des weiteren geht es postwendend endlich mal auch den stadtbekannten Spekulanten an den Kragen. Ihre weitgehend ungenutzten Villen im Grunewald werden ohne vorherige Ankündigung zwangsweise geräumt.

Nach einem eventuellen Angriff auf irgendeine unserer kulturellen Errungenschaften, wie z.B. besetzten Wohnraum, Cafes, sowie auf unsere Kulturzentren mit Arbeits- und Auftrittsmöglichkeiten für zahlreiche Theater- und Musikgruppen, Werkstätten, etc., kann der bürgerliche Berliner Kulturbetrieb damit rechnen, daß weder in der »Deutschen Oper« noch im »Schiller-Theater«, noch in irgendwelchen Ausstellungen, Messen oder Kongressen auch nur eine einzige „Kultur"-Veranstaltung ohne Störung über die Bühne geht.

Der bereits entstandene, bzw. bei erneuten Senatsagressionen zu erwartende Sachschaden stellt, verglichen mit den weitergehenden zu erwartenden Reaktionen auf Häuserräumungen und dergleichen, nur eine relativ geringfügige „Bedrohung" des Rechtsfriedens dar. Deshalb sei auch nur nebenbei darauf hingewiesen.

An den Berliner Senat ergeht daher die dringende Empfehlung, sämtliche weitere Störungen, Angriffe, Durchsuchungs- und Räumungsversuche zu unterlassen. Eine nachhaltige Störung des Rechtsfriedens ist auch für die Bewegung mit großem Arbeitsaufwand verbunden. Von daher wäre es auch der im Grund friedlichen und bekanntlich arbeitsscheuen Bewegung gelegen, wenn oben genannte Maßnahmen, nicht zur Notwendigkeit würden.

Nachtrag zu Springer und seiner „Presse":

Die Abschaffung des § 88a ist noch lange kein Grund, in schamloser Art und Weise in Bild, BZ und Morgenpost nicht nur Gewalt zu verherrlichen, zu verharmlosen oder zu billigen, sondern auch noch öffentlich zur Anwendung von Gewalt in Form von terroristischen Bürgerwehren aufzufordern. Sollte diese Hetzkampagne nicht sofort ein Ende finden, wird sich eine massive Störung von Produktion und Auslieferung der Springer-Presse nicht vermeiden lassen.

Die lustigen Hausbesetzer